

«Neuen Zürcher Zeitung» vom 04.12.2012, Seite 11:

«Milizparlamentarier sind unabhängiger»

Christoph Lanz, Generalsekretär der Bundesversammlung, zu Arbeitslast, Rolle und Ruf des Parlaments

In einem halben Jahr wird Christoph Lanz seinen Sessel an der Spitze der Parlamentsdienste räumen. Lanz ist ein Verfechter des Milizsystems. Dem Parlament attestiert er einen guten Ruf, den einzelnen Parlamentariern dagegen nicht.

Herr Lanz, Ihre Vorgängerin hat gegen Ende ihrer Amtszeit einen Appell für ein Berufsparlament lanciert. Gehen Sie mit Frau Wallimann einig: Ist das Milizsystem nicht zeitgemäss?

Nein, ich sehe die Sache anders. Auch wenn die Ratsmitglieder heute einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitszeit - zwischen der Hälfte und zwei Dritteln - für die Parlamentsarbeit einsetzen, so steht doch die Mehrheit von ihnen weiterhin mit einem Bein in der Berufswelt. Man kann also von einem Halb-Berufs-Parlament sprechen. Das Milizsystem lebt aber, und es ist wichtig, dass dies so bleibt.

Wo sehen Sie die Vorteile des Milizsystems?

Zum einen beim grossen Know-how, das die Ratsmitglieder aus ihrem Beruf mitbringen. Wir haben etwa im Parlament Bauern, die noch selber einen Hof führen: Die wissen bei agrarpolitischen Debatten ganz genau, worüber sie reden. Analoges gilt für Ärztinnen, Juristen und so fort. Zum andern ist ein Politiker, der noch teilzeitlich einen Beruf ausübt, unabhängiger. Er kann es sich auch einmal

erlauben, von der Fraktionsmeinung abzuweichen. Und schliesslich sehe ich es als Vorteil, wenn die Politikerinnen und Politiker den Bezug zur Arbeitswelt und zu den Alltagsproblemen der Leute nicht verlieren.

Nun gab es in den letzten Monaten aber mehrere Parlamentarier, die mit der Doppelbelastung offenbar nicht mehr zurechtkamen. So etwa Peter Spuhler.

Herr Spuhler ist doch gerade ein Beispiel dafür, dass das Milizparlament funktioniert: Immerhin hat er während seiner 13 Jahre im Nationalrat ein bedeutendes Unternehmen aufgebaut. Es stimmt allerdings, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Parlamentsmandat eine grosse Herausforderung darstellt, zumal die Ratsmitglieder heute dauernd erreichbar sein sollten. Die neuen Medien verstärken diesen Trend.

Denkt man an die Vorstossflut, fragt man sich, inwieweit die Arbeitslast vom Parlament selbstverschuldet ist.

Über die Vorstossflut hat man schon vor 30 Jahren geredet. Meiner Ansicht nach wird das Thema überbewertet. Vorstösse belasten den Ratsbetrieb nicht über Gebühr. Sicher: Manchmal wäre es vielleicht einfacher, wenn ein Parlamentarier zum Telefon greifen und seine Frage direkt beim zuständigen Amt deponieren würde, statt einen Vorstoss zu lancieren, der dann vom Bundesrat zu beantworten ist. Es ist jedoch völlig legitim, dass sich Parlamentarier mit Vorstössen zu profilieren versuchen. Sie zeigen damit auch, dass sie an der Arbeit sind und für ihre Wählerinnen und Wähler etwas tun. Zudem gibt es immer wieder Vorstösse, die tatsächlich etwas bewirken, wie jener für den Atomausstieg.

Hat sich die politische Polarisierung der letzten Jahre auf die Arbeit der Parlamentsdienste ausgewirkt?

Ja, in den Kommissionen liegen Mehrheiten und Minderheiten heute näher beieinander, und Kompromisse sind häufig nur mit grossem Aufwand zu finden. Die Debatten in den Räten werden zunehmend komplizierter, was bedeutet, dass wir etwa die Ratspräsidien

detaillierter dokumentieren müssen.

In der jüngeren Vergangenheit war das Parlament mit dem Bundesrat häufig unzufrieden, so bei der Affäre Tinner, dem Libyen-Konflikt oder der UBS-Krise. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen den beiden Organen?

Im Grossen und Ganzen ist es gut. Das Parlament ist in den letzten Jahren sicher aktiver geworden und tritt selbstbewusster auf. Das zeigt sich etwa in der Gesetzgebung, wo Ratsmitglieder und Kommissionen häufig Initiativen ergreifen. Das zeigt sich auch in der Aussenpolitik, wo die Parlamentarier mehr mitreden und eine verstärkte Reisetätigkeit wahrnehmen. Die parlamentarischen Oberaufsichtsorgane nehmen ihre Aufgabe sehr ernst und treten gegenüber dem Bundesrat mitunter recht kritisch auf. Das ist für diesen natürlich nicht immer angenehm.

Die Dossiers werden immer komplexer. Können die Parlamentarier noch mithalten und sich gegenüber der Verwaltung behaupten? Müsste das Parlament nicht professionalisiert werden?

Es ist vernünftig, dass das Parlament in der Schweiz keine eigene grosse Administration aufbaut, sondern sich auf die Bundesverwaltung mit ihrem breiten Fachwissen stützt. Wir brauchen beispielsweise keine eigenen Steuerspezialisten, wenn das Finanzdepartement gute Fachleute hat. Und die Verwaltung arbeitet mit dem Parlament auch loyal zusammen, Konflikte gibt es denn selten. Man könnte die Situation für die Ratsmitglieder aber durchaus verbessern. So wäre es sinnvoll, wenn die Parlamentsdienste mehr Ressourcen hätten, um die Parlamentarier wissenschaftlich stärker zu unterstützen - etwa wenn diese sich auf eine Ratssitzung oder einen öffentlichen Auftritt vorbereiten müssen. Die Parlamentsdienste leisten heute schon einen wichtigen Beitrag zum Milizsystem und könnten ihn noch verstärken.

Wie beurteilen Sie das Ansehen des Parlaments in der Öffentlichkeit? Hat es unter den politischen Turbulenzen der letzten Jahre gelitten?

Man muss unterscheiden zwischen den Parlamentariern einerseits

und dem Parlament andererseits. Die Rolle des Politikers hat in der Bevölkerung keinen besonders guten Ruf. Vielleicht hat es damit zu tun, dass die persönlichen Angriffe in den letzten Jahren eher zugenommen haben. Das Parlament selber geniesst hingegen ein hohes Ansehen. Die Stimmberechtigten folgen bei den meisten Abstimmungen den Empfehlungen des Parlaments. Auch ist das Interesse an der Institution grundsätzlich gross: So sind die Gruppenbesuche auf den Tribünen auf mehrere Monate hinaus ausgebucht. Und jedes Mal, wenn wir das Bundeshaus der Öffentlichkeit zugänglich machen, wie am 1. August, dann stehen die Leute Schlange.

Wie reagieren die Besucher, wenn sie den halbleeren Nationalratssaal sehen, wo keiner dem anderen zuhört?

Die meisten Leute sind konsterniert. Wir versuchen ihnen dann zu erklären, dass die Arbeit nicht nur im Saal stattfindet, sondern dass die Ratsmitglieder auch andere Verpflichtungen haben.

Interview: Katharina Fontana